Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 143 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 23. Juni 1931

Hoovers Botschaft.

Daß sich eine englisch-amerikanische Front wirtschaftlich-finanziell-kreditpolitischer Art gebildet hatte, war schon seit dem April zu spüren, als der Leiter der Bank von England, Sir Montague Norman, Newyork und Washington, also die amerikanischen Finanzmänner und Staatsbanken aufgesucht und besonders eingehende Besprechungen mit dem Staatssekretär Mellon gehabt hatte. Sein Projekt, für die Schaffung eines internationalen Instituts zur Kapitalsausgleichung die riesigen amerikanischen und — französischen Goldreserven nutzbar zu machen, ist damals am Widerstand Frankreichs gescheitert, das sich die politische Verwertung seiner Goldmassen nicht einschränken lassen wollte. Der Antrag Hendersons, in Genf die deutsch-österreichische Zollunion nach dem Haag hinüberzuschieben, sie damit einer sofortigen, von Frankreich verlangten „Verurteilung" zu entziehen, war die erste Antwort. Die zweite kam unlängst mit dem Eingreifen der Bank von England in die Verhandlungen zur Sanierung der Wiener Allgemeinen Creditanstalt. Und daß die jetzigen Bestrebungen Mellons mit Norman in London auf die Botschaft Hoovers von ganz wesentlichem Einfluß gewesen ist, darf man wohl annehmen. Ebenso wird man wohl in der Vermutung nicht fehlgehen, daß der amerikanische Staatssekretär in London von den Engländern darüber „ins Bild gesetzt" wurde, wie ihnen Dr. Brüning und Dr. Curtius in Chequers die Lage Deutschlands geschildert hatten. Die sich drängenden, rasch einer Katastrophe zutreibenden Ereignisse auf dem deutschen Geld- und besonders dem Devisenmarkt, die praktische Erfolglosigkeit der Diskonterhöhung, dann die Kreditrestriktion und schließlich die beabsichtigte Verkürzung der Golddecke für die deutsche Währung waren Beweis genug, daß der deutsche Reichskanzler nicht übertrieben hatte. Gleichzeitig mit der Botschaft Hoovers erfährt man übrigens auch noch, daß der deutsche Reichspräsident seinerseits dem amerikanischen Staatspräsidenten das Herannahen einer Katastrophe schilderte.

„Innerhalb" des Young-Planes, also etwa durch die dort für solche Fälle vorgesehene Erklärung eines Transfermoratoriums, war Ausreichendes nicht herbeizuführen. Auch wäre selbst nur damit so lange zu warten, bis etwa die englischen Minister und der amerikanische Staatssekretär im Juli nach Berlin kommen, infolge der jüngsten Ereignisse auch nicht mehr möglich gewesen. Wirkliche Hilfe konnte nur von „außerhalb" des Young-Planes herkommen — wie es jetzt durch den Vorschlag Hoovers herbeigeführt werden soll. Dieses Weltmoratorium hat zur Voraussetzung natürlich die Zustimmung unserer Hauptgläubiger, da es im Young-Plan nicht vorgesehen ist, daß sich nun sofort die Blicke der Welt auf Frankreich richten, wo allein ein Widerspruch als möglich angenommen werden kann, ist die erste unmittelbare Folge der Botschaft Hoovers; denn daß London und Rom einverstanden sind, ist ja selbstverständlich, ebenso daß der Amerikanische Kongreß und das Repräsentantenhaus die Zustimmung zum „Aufschub aller seitens fremder Regierungen den Amerikanern geschuldeten Zahlungen" gibt. Es handelt sich dabei also nur um die „politischen" Schulden. Die Zinsen der Dawes-Anleihe von 1924 sowie die der Young-Anleihe von 1930 einschließlich der Amortisationszahlungen müssen von Deutschland weiter aufgebracht werden. Eine kurze Berechnung zeigt, daß der deutsche Reichshaushalt von 1931/32 eine Entlastung von etwa 1500 Millionen erfahren würde, wenn der Vorschlag Hoovers Wirklichkeit wird.

Wenn uns Deutsche diese Entlastung natürlich in allererster Linie als Folge der amerikanischen Botschaft aus Washington berührt, wenn wir also vor allem die finanziell-wirtschaftliche Rückwirkung auf uns selbst ins Auge fassen, wenn möglicherweise sogar auch noch ein großer langfristiger Kredit in Newyork — aber ein solcher zu zukünftigen, wirtschaftlich sich rentierenden Bedingungen — für Deutschland gewährt werden soll, so darf nicht vergessen werden, daß der Zweck der Botschaft Hoovers, des „Weltmoratoriums", weit über diese Hilfeleistung für Deutschland hinausgeht. Das Ziel ist eine Hilfeleistung für die ganze Welt, ist ein Versuch, endlich aus der Weltwirtschaftskrise herauszukommen. Leidet doch auch der Weltgläubiger spürbar genug darunter, daß es seinen Schuldnern — abgesehen von Frankreich — überaus schlecht geht; dann muß es natürlich am schlechtesten dem Lande gehen, das der Schuldner aller ist — Deutschland.

Und wenn hier „außerhalb" des Young-Planes solche Maßnahmen ergriffen werden, die ihn auf ein Jahr „außer Kraft setzen", so vergessen wir darüber nicht, daß der Plan selbst grundsätzlich bestehen bleibt, seine Durchführung nur aufgeschoben, nicht aufgehoben ist. Und zwar, was wichtig ist: aufgeschoben auf Wunsch der Gläubigerseite. Was an sich schon weit besser ist als ein Transferaufschub, den die deutsche Regierung erklären müßte gegen den Willen der Gläubiger. Selbstverständlich wird hierdurch auch nicht die deutsche Revisionspolitik in ihrem Endziel zum Stillstand gebracht, also in dem Streben nach einer gründlichen Revision des Young-Plans. Ist doch dieses Weltmoratorium der stärkste Beweis dafür, daß diese Politik nur allzu berechtigt ist; denn es beweist die tatsächliche Undurchführbarkeit des Young-Plans.

Das Weltecho des Hoover-Planes

England u. Italien stimmen zu. — Frankreichs Widerstand. — Amerika verlangt unverzügliche Annahme.

Zustimmung zum Zahlungsaufschub.

Was wird Frankreich tun?

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover zur Durchführung eines einjährigen Weltmoratoriums hat in allen Staaten der Welt das größte Aufsehen erregt. Wirtschafts- und politische Kreise in allen Ländern haben sich mit dem Vorschlag bereits beschäftigt. Die deutsche Reichsregierung hat dem Plan bereits zugestimmt, ebenso liegen zustimmende Erklärungen aus England, Japan und Italien vor, während Frankreich, für das die Einstellung der Zahlungen eine Mindereinnahme von rund vierhundert Millionen Reichsmark bedeuten würde, die es von Deutschland an Tributen über seine Schuldverpflichtungen an Amerika hinaus erhält, versucht, Verhandlungen über die Anwendung des Moratoriums einzuschalten, in der Hoffnung, dadurch den Hooverschen Plan um seine entscheidende Auswirkung zu bringen.

Französischer Kabinettsrat.

Der deutsche Botschafter in Paris, der dieser Tage in Berlin weilte, um an den Reparationsbesprechungen der Reichsregierung teilzunehmen, ist wieder nach Paris zurückgekehrt, um mit Briand über den amerikanischen Vorschlag zu sprechen und die Stellungnahme der deutschen Reichsregierung darzulegen. **Der französische Kabinettsrat ist für Dienstag einberufen, um sich mit dem Hooverschen Vorschlag zu beschäftigen. Man ist natürlich in der gesamten politischen Welt gespannt auf den Ausgang dieser Kabinettsberatungen.**

Über die Stimmung der französischen Regierungskreise gibt das gut unterrichtete „Echo de Paris" Auskunft. Danach läßt die französische Regierung ihre Hoffnung aussprechen, daß es sich in der Auffassung des Präsidenten Hoover nicht darum handeln könne, in die Rechte Frankreichs einzugreifen, das wirtschaftlich und finanziell nicht in der Lage sei, auf die annähernd drei Milliarden Frank der bedingungslosen Jahreszahlung zu verzichten. Amerika könne nicht verlangen, daß sein Wunsch, die deutschen Finanzen wieder flottzumachen, durch eine Operation ausgedrückt werde, von welcher Deutschland allein Vorteil hätte zum Schaden Frankreichs und der Länder Mitteleuropas, welche auf uns Vertrauen setzen.

In deutschen Regierungskreisen hofft man übrigens, daß Amerika in der Lage sein werde, etwaige französische Widerstände zu überwinden.

Die deutschen Zahlungsverpflichtungen.

Um einen Überblick über die Gesamtheit der deutschen Zahlungsverpflichtungen auf Grund des Young-Planes und seiner Nebenabkommen zu gewinnen, sind folgende Ziffern zu vermerken: Im Finanzjahr 1931/32 belaufen sich die reinen Young-Zahlungen auf 1618,9 Millionen Mark, hinzu kommen die Zahlungen, die von Deutschland auf Grund eines Zusatzabkommens zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten direkt in Washington in Höhe von 66,1 Millionen Mark zu leisten sind. Das deutsch-belgische Zusatzabkommen, durch das der Streit um die in Belgien lagernden Beträge in Papiermark beigelegt werden sollte, belastet die Reichskasse für das laufende Rechnungsjahr um 21,5 Millionen Mark. Als letzter Betrag ist die Summe zur Verzinsung und Amortisation der Dawes-Anleihe zu erwähnen, die im laufenden Jahre 86,7, im nächsten Jahre 85,4 Millionen Mark ausmacht. Die Gesamtheit der deutschen Zahlungsverpflichtungen beläuft sich demnach für das Rechnungsjahr 1931/32 auf 1793,2 Millionen Mark. In diesem Betrag ist auch die Summe zur Verzinsung der ersten Young-Anleihe enthalten, die etwa auf der gleichen Höhe wie die Zahlungen zur Dawes-Anleihe liegt. Sie wird aus dem ungeschützten Teil der Reparationszahlungen bestritten, der jährlich 660 Millionen Mark ausmacht.

*

Inkraftsetzung des Hoover-Planes.

Keine Konferenz nötig.

Aus Newyork wird gemeldet: Staatssekretär Stimson erklärte bei dem Presseempfang: Die Inkraftsetzung des Hoover-Planes mache keine Konferenz erforderlich. Die beteiligten Mächte brauchen nur ihrer Zustimmung auf diplomatischem Wege oder durch eine öffentliche Erklärung Ausdruck zu geben.

Worauf die Regierung der Vereinigten Staaten vor allem Wert lege, sei rasches Handeln.

*

In den frühen Morgenstunden des Montag ist Präsident Hoover in Begleitung des Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats, Smoot, und des Unterstaatssekretärs im Schatzamt, Ogden Mills, von seinem Wochenendaufenthalt nach Washington zurückgekehrt. Smoot und Mills werden Staatssekretär Stimson bei der Ausarbeitung des ins Einzelne gehenden Moratoriumsplans unterstützen, der spätestens am Dienstag den 13 interessierten Regierungen zugehen soll.

Es verlautet, daß irgendwelche Versuche der französischen Regierung unter Berufung auf den Young-Plan, Vorbehalte zu machen, in Washington stärkstem Widerstand begegnen würden, da man lediglich von einer uneingeschränkten Durchführung des Hooverschen Planes sich eine wirkliche Besserung der deutschen Finanzlage verspricht.

England heißt den Hoover-Plan herzlich willkommen.

Im Unterhause fragte Baldwin den Premierminister, welche Stellung England zum Hoover-Plan einnehme.

Hierauf erwiderte Macdonald, die englische Regierung heiße die Aufsehen erregende Erklärung des Präsidenten Hoover herzlich willkommen. Die Regierung stelle sich mit ganzem Herzen hinter das Prinzip des Vorschlages und sei zur Zusammenarbeit zwecks Ausarbeitung von Einzelheiten bereit, um ihr ohne Verzögerung praktische Wirkung zu geben.

Die englische Regierung hat am Montag vormittag die Antwort auf die Moratoriumserklärung Hoover an die Regierung der Vereinigten Staaten übermitteln lassen. Das Telegramm stimmt im wesentlichen mit den Erklärungen überein, die Macdonald im Unterhause am Montag nachmittag abgab, wonach die englische Regierung die Vorschläge Hoovers begrüßt und sie grundsätzlich annimmt.

Hoovers Erklärung ist jetzt der Gegenstand der näheren Bearbeitung durch die verschiedenen zuständigen Ministerien.

Die Arbeit trage, wie ausdrücklich betont wird, nur einen vorläufigen Charakter, da die englische Regierung die Stellungnahme der übrigen Staaten in dieser Frage selbstverständlich abwarten wolle.

Englands Forderungen an die Dominions.

Die Möglichkeit, daß die Dominions die Erklärungen Hoovers auch auf ihre Kriegsschuldenzahlungen an England anwenden könnten, ist bereits der Gegenstand von Erwägungen, und die englischen Kreise stehen auf dem Standpunkt, daß sich eine amerikanische Meinungsäußerung oder Erklärung nicht auf die Beziehungen zwischen zwei Ländern innerhalb des englischen Weltreiches erstrecken kann, die sich auf der letzten Weltreichskonferenz erst dahin einigten, ihre etwaigen Streitigkeiten durch ein Weltreichtribunal entscheiden zu lassen. Nach Ansicht von australischen Kreisen in London stellt sich jedoch die Lage nicht so einfach dar. Das wirtschaftliche Problem Australiens ist mit der Schuldenfrage eng verbunden, da es über fünf Millionen Pfund jährlich an England abführen muß. Die politischen Kreise in England rechnen damit, daß unter dem Eindruck der Hoover-Erklärung die Agitation zur Einstellung der Schuldenzahlungen wieder aufleben wird, die gerade durch das letzte Abkommen im April d. J. etwas zur Ruhe gekommen war.

*

Frankreich zum Hoover-Vorschlag.

Erste französische Ministerbesprechung.

Die erste vorbereitende Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Laval, Außenminister Briand und Finanzminister Flandin über den Vorschlag des Präsidenten Hoover hat stattgefunden. Der radikalsozialistische Abgeordnete Margaine hat bereits eine Interpellation über die Moratoriumsfrage eingebracht. Wann diese in der Kammer behandelt werden soll, steht noch nicht fest.

Neue politische Forderungen?

In französischen politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Frankreich bei seiner Stellungnahme zu Hoovers Vorschlag folgende Gesichtspunkte im Auge behalten werde: 1. Es sei zu bedenken, ob der Vorschlag des Präsidenten überhaupt Aussicht habe, vom amerikanischen Kongreß in vollem Umfange gebilligt zu werden. 2. Man möge ferner die Frage untersuchen, ob die Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit nach Ablauf des Moratoriums vollkommen gesichert erscheint. 3. Frankreich müsse alles tun, damit der ungeschützte Teil der deutschen Zahlungen weiter geleistet werde.

Ferner müsse Frankreich jetzt die von Deutschland in Locarno verweigerte bindende Erklärung verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Ostgrenzen unabänderlich seien. Vermutlich werde die französische Regierung in Washington erklären, daß sie Hoovers Vorschläge nur unter der Voraussetzung grundsätzlich billigen können, daß Deutschland ihr die erforderlichen Sicherheiten biete. Auch in bezug auf die Abrüstungsfrage seien politische Garantien von seiten Deutschlands unerläßlich.

*

Unterredung Grandis mit dem amerikanischen Botschafter.

Rom, 22. Juni. Montag nachmittag hat der italienische Außenminister im Palazzo Chigi den Botschafter der Vereinigten Staaten empfangen und mit ihm eine längere Unterredung gehabt. Obwohl über den Gedankenaustausch an zuständiger Stelle

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF